



### Presseschau vom 13.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Russland verhöhnt „The Times“ wegen des „von Aufständischen kontrollierten Damaskus“

Russische Diplomaten in Großbritannien haben die Zeitung „The Times“ wegen eines Fehlers in einem Artikel über den Syrien-Konflikt verhöhnt. Die Botschaft machte auf die Behauptung des Autors aufmerksam, dass Russland seine Luftwaffe eingesetzt hatte, „um die von den Aufständischen kontrollierten Städte Damaskus und Aleppo zu zerstören“.

„Das Niveau der Kompetenz der Zeitung ist erstaunlich, die über eine ‚Kontrolle der Aufständischen‘ über die syrische Hauptstadt berichtet. Sie, Freunde, wären die letzten, die man zu Rate ziehen würde“, twitterten russische Diplomaten am Donnerstag.

Aleppo war von den syrischen Truppen mit Unterstützung der russischen Fliegerkräfte im Dezember 2016 befreit worden. Damaskus blieb während des Konflikts unter Kontrolle der syrischen Armee, wurde aber von den Extremisten lange Zeit von Vororten aus unter Beschuss genommen. Im April erklärte das Verteidigungsministerium Russlands, dass nach der Befreiung mehrerer Vororte der Hauptstadt den Extremisten endgültig das Handwerk gelegt wurde.

de.sputniknews.com: Giftgasanschläge in Großbritannien und Syrien – Sacharowa erkennt klaren Zusammenhang

Der angebliche C-Waffen-Angriff im syrischen Duma steht laut der russischen Außenministeriumssprecherin in „beinahe unmittelbarem“ Zusammenhang mit dem

Giftanschlag auf den früheren GRU-Mitarbeiter Segej Skripal sowie dessen Tochter im britischen Salisbury. In einem Briefing erläuterte Maria Sacharowa, was die zwei Vorfälle verbindet.

Der Giftanschlag in Salisbury sei „eine komplexe Frage, eine Provokation, die eine Reihe von Aufgaben gelöst hat. Ich sage es noch einmal: Sie hat aus unserer Sicht eine direkte Beziehung auch zur Lage in Syrien. Dies ist ein Versuch, in der Diskussion über den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien Argumente von Russland herauszuschlagen“, sagte Sacharowa bei einem Briefing in Moskau am Donnerstag.

Wie sie ferner betonte, passt der Vorfall ganz gut in die allgemeine Agenda der antirussischen Kampagne und steht auch mit den für London „peinlichen“ Brexit-Verhandlungen in Verbindung.

Die Provokation mit dem angeblichen Einsatz von C-Waffen in Syrien sei außerdem „beinahe unmittelbar“ nach der antirussischen Kampagne wegen des Vorfalls in Salisbury erfolgt, bemerkte Sacharowa...

de.sputniknews.com: Russland warnt USA vor „Point of no Return“ in Syrien  
Moskau hofft darauf, dass die USA und ihre Verbündeten keine Gewalt gegen Syrien anwenden werden und der „Point of no Return“ nicht überschritten wird. Das erklärte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja am Donnerstag in Washington.

„Wir rechnen damit, dass die USA und ihre Verbündeten von militärischen Handlungen gegen einen souveränen Staat absehen werden. Die Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit wäre ein krasser Verstoß gegen die UN-Charta“, sagte der Diplomat Journalisten. Auf einen möglichen militärischen Zusammenstoß Russlands und der USA angesprochen, sagte Nebensja, Moskau könne nichts ausschließen, „denn wir haben äußerst militante Meldungen aus Washington entgegengenommen“.

Der Botschafter äußerte ferner die Hoffnung darauf, dass Moskau und Washington im Dialog bleiben, um einer gefährlichen Entwicklung vorzubeugen.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess

Die ukrainischen Streitkräfte beschießen weiter aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo**, es wurden sieben Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, 3 Granaten mit Antipanzerhandgranatwerfern abgeschossen.

19:50 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer in zwei weiteren Richtungen eröffnet:  
- aus Richtung Nowgorodskoje auf **Schirokaja Balka**, es werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet,

- aus Richtung Opytnoje auf den **Flughafen**, es wurden 60 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen verwendet.

20:00 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Staroignatjewka auf **Nowolaspa** eröffnet, es wurden 30 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

20:15 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer in zwei weitere Richtungen eröffnet:  
- aus Richtung Opytnoje auf **Spartak**, es wurden 6 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen,

- aus Richtung Bogdanowka auf **Nowolaspa**, es wurden 40 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

20:35 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Showanka auf **Sajzewo** eröffnet, es wurden zwei Granatgeschosse mit Antipanzerhandgranatwerfern abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen verwendet.

20:55 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Lebedinskoje auf **Sachanka** eröffnet, es wurden zehn Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern

abgeschossen.

21:00 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Kamenka auf **Krutaja Balka** eröffnet, es werden Schusswaffen verwendet.

21:05 – die ukrainischen Streitkräften haben das Feuer in drei weiteren Richtungen eröffnet:  
- aus Richtung Opytnoje auf **Spartak**, es wurden zehn Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen,

- aus Richtung Bogdanowka auf **Petrowskoje**, es wurden 15 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben,

- aus Richtung Sajzewo (severnoje) auf **Golmowskij**, es wurden 5 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen.

21:05 – die ukrainischen Streitkräfte haben den Beschuss in zwei Richtungen fortgesetzt:

- aus Richtung Lebedinskoje auf **Sachanka**, es wurden weitere 19 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen verwendet,

- aus Richtung Sajzewo (severnoje) auf **Golmowskij**, es wurden weitere 15 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen, es wurden 20 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

21:40 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Newelskoje auf das **Abakumow-Bergwerk** eröffnet, es wurden 10 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, es werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet,

21:45 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Bogdanowka auf **Petrowskoje** eröffnet, es wurden 30 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, es wurden 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen.

22:00 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer in Richtung Gorlowka eröffnet: aus Richtung Jushnaja-Bergwerk auf das **Gagarin-Bergwerk**, es wurden 30 Schüsse mit einem Abwehrgeschütz abgegeben, außerdem werden Schusswaffen verwendet.

22:50 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Staroignatjewka auf **Belaja Kamenka** eröffnet, es wurden 20 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

de.sputniknews.com: Warum verließen russische Kriegsschiffe Tartus? Verteidigungspolitiker erklärt

Angesichts eines möglichen US-Militärschlags auf Syrien hat Wladimir Schamanow, Chef des Verteidigungsausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Medienberichte bestätigt, laut denen russische Kriegsschiffe aus dem Marinestützpunkt Tartus in Syrien und auf hohe See ausgelaufen sind.

Es handle sich um eine Sicherheitsmaßnahme, sagte Generaloberst a.D. Schamanow, einst Befehlshaber der russischen Luftlandetruppen, am Donnerstag gegenüber der Presse.

„Das ist die übliche Praxis. Beim Auftauchen einer möglichen Angriffsgefahr begeben sich die kompakt am Kai liegenden Schiffe in eine nahe Manöverzone, damit mit einem Stück Munition nicht mehr als ein Schiff vernichtet werden kann“, so Schamanow.

„Sie zerstreuen sich. Damit steigern sie ihre Lebensfähigkeit“, erläuterte der Verteidigungspolitiker.

In Tartus befindet sich eine Marinebasis der Seestreitkräfte Russlands. Am 12. April war unter Verweis auf Satellitenbilder des Unternehmens „Image Satellite Internacional“ die Meldung aufgetaucht, dass russische Schiffe den syrischen Hafen Tartus verlassen hätten. Medien mutmaßten, dass die russischen Schiffe wegen der drohenden Angriffe der USA auf Syrien ins Meer verlegt worden seien.

Die Situation um Syrien hatte sich nach den Behauptungen westlicher Politiker zugespitzt, die syrische Armee habe in der östlich von Damaskus gelegenen Stadt Duma Giftgas gegen Zivilisten eingesetzt.

Die syrischen Behörden und das russische Verteidigungsministerium haben diese

Anschuldigungen entschieden zurückgewiesen. Außerdem herrschen große Zweifel, dass es eine Giftgas-Attacke überhaupt gegeben hat: Russische ABC-Abwehrexperthen untersuchten die Gegend und konnten keinerlei Spuren von Kampfstoffen nachweisen...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30842/39/308423914.jpg>

### **vormittags:**

de.sputniknews.com: Estland: Asylbewerber als russischer Spion verurteilt

Ein Kampfsporttrainer aus dem russischen Pskow, der im vorigen Sommer um politisches Asyl in Estland ersucht und behauptet hatte, er werde in Russland vom FSB verfolgt, ist von einem estnischen Gericht zu fünf Jahren Haft wegen „Zusammenarbeit mit diesem russischen Inlandsgeheimdienst“ verurteilt worden.

Das geht aus dem am Donnerstag veröffentlichten Jahresbericht des Sicherheitspolizeiamtes Estlands (Kapo) hervor.

„Michail Petrow (geboren 1973) wurde noch im Oktober 2017 verurteilt. Er erhielt fünf Jahre Gefängnis laut Artikel 233 des Strafgesetzbuches, der eine Strafe wegen nicht gewaltsamen Vorgehens eines Ausländers gegen Estland vorsieht. Nach Kapo-Angaben hatte Petrow schon in den 1990er Jahren mit dem FSB zusammengearbeitet und dieser Behörde Informationen über Mitarbeiter der estnischen Geheimdienste und über ihren Transport sowie sonstige Angaben geliefert“, heißt es in dem Bericht.

Diese Information wurde auf einer Pressekonferenz vom Kapo-Leiter Arnold Sinisalu bestätigt, der allerdings nicht auf Einzelheiten eingehen wollte.

de.sputniknews.com: London entschuldigt sich für Durchsuchung des russischen Passagierflugzeugs

Das britische Zentrum für Flugsicherheit hat erklärt, warum ein Passagierflugzeug der russischen Fluggesellschaft Aeroflot Ende März in London durchsucht wurde, und sich dafür entschuldigt. Das gab der russische Verkehrsminister Maxim Sokolow am Freitag bei einem Wirtschaftsforum in der ortsibirischen Stadt Krasnojarsk bekannt.

„Man hat Gründe angeführt und sich sogar dafür entschuldigt. Das war das britische Zentrum

für Flugsicherheit, das unter der Schirmherrschaft der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt ICAO in Großbritannien tätig ist“, so Sokolow.

Zuvor hatte der britische Sicherheitsminister Ben Wallace die Durchsuchung eines russischen Passagierflugzeuges am Londoner Flughafen „Heathrow“ mit den üblichen Maßnahmen zum Schutz vor organisierter Kriminalität erklärt.

Am 30. März hatte britisches Sicherheitspersonal am Londoner Flughafen „Heathrow“ eine Maschine der russischen staatlichen Fluggesellschaft „Aeroflot“ festgesetzt und komplett durchsucht. Nach Angaben des russischen Außenministeriums ist dabei der gesamten Flugzeugbesatzung verboten worden, sich frei zu bewegen. Wie der Kapitän der Maschine später mitteilte, hatte er keine Möglichkeit, die Handlungen der Beamten zu beobachten, obwohl nach den Regeln jeder Kontrollierende von Bordpersonal begleitet werden sollte. Moskau verurteilte die Durchsuchung als eine weitere Provokation seitens der britischen Behörden.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Frunse, Kalinowo, Sansharowka und Kalinowo-Bortschewatoje**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Russische Außenamtssprecherin an London: „Assad eher Ihr Mann als unserer“

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat in einem Interview für den britischen Sender Sky News daran erinnert, dass vor dem Beginn der chemischen Abrüstung in Syrien Präsident Baschar al-Assad „der beste Freund“ Londons und Washingtons war und nicht Moskaus.

„Vor der chemischen Abrüstung war Assad nicht Moskaus bester Freund, sondern Londons und Washingtons. Als (US-Ex-Außenminister John) Kerry noch im Senat arbeitete, hatte er ein freundschaftliches Verhältnis zu Assad“, sagte Sacharowa.

„Assad hat einen wesentlichen Teil seines Lebens in Großbritannien verbracht. Er ist eher Ihr Mann, nicht unserer“, fügte sie hinzu.

Vor dem Hintergrund eines mutmaßlichen Giftgasangriffs im syrischen Duma in der vergangenen Woche hat sich die internationale Lage drastisch verschlechtert. Am Mittwoch kündigte US-Präsident Donald Trump per Twitter einen Raketenangriff gegen Syrien an. Dabei schrieb er, Russland sollte sich „gefasst machen“.

Der russische Botschafter im Libanon, Alexander Sassytkin, hatte zuvor erklärt, Russland behalte sich das Recht vor, alle Raketen „im Fall einer US-Aggression“ zu vernichten.

Am vergangenen Samstag waren in den Medien Berichte über einen Giftgasangriff im syrischen Duma kursiert, für den der Westen umgehend Damaskus verantwortlich machte. Die syrischen Behörden und Moskau wiesen die Vorwürfe entschieden zurück. Russische Militärs behaupten sogar, dass sie Krankenhäuser der Stadt aufgesucht und dabei keinen einzigen Verletzten durch einen Giftgasangriff vorgefunden hätten.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit (Stand 13.04.18): in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 45.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt

eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirokaja Balka, Gagarin-Bergwerk, Oserjanowka, Golmowski), Sajzewo, Krutaja Balka, Jakowlewka, Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Donezk (Flughafen, Wesjoloje, Volvo-Zentrum, Trudowskije, Abakumow-Bergwerk, Staromichajlowka), Dokutschajewsk, Petrowskoje, Nowolaspa, Belaja Kamenka, Kominternowo, Sachanka, Leninskoje**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 1038.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 604.

Wir erinnern, seit 00:01 (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Russen in Bewertung von Diplomaten-Ausweisung einig  
Fast 90 Prozent der Russen sind der Meinung, dass Russlands Gegenmaßnahmen zur Ausweisung russischer Diplomaten absolut adäquat sind. Das ergab eine aktuelle Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts WZIOM.

„Die Mehrheit der Russen (87 Prozent) vertritt die Auffassung, dass der Westen den diplomatischen Konflikt geschürt hat, um die Positionen unseres Landes in der internationalen Arena zu schwächen. Lediglich drei Prozent äußern die Meinung, dass russische Diplomaten tatsächlich wegen des Skripal-Falls zu Persona non grata erklärt wurden“, so die Umfrage.

Wie es weiter heißt, wissen 88 Prozent der Befragten von Gegenmaßnahmen Russlands, wobei 53 Prozent die Situation gut kennen. Der Studie zufolge halten 89 Prozent der Befragten Russlands Antwort „in der entstandenen Situation für absolut adäquat“.

An der Studie, die am 6. und 7. April telefonisch durchgeführt wurde, nahmen 2.000 Russen ab dem Alter von 18 Jahren teil. Der statistische Fehler lag unter 2,2 Prozent...

Lug-info.com: Spezialdienste der Ukraine haben private Strukturen zur **Vorbereitung der Liquidierung der Oberhäupter der LVR und der DVR** eingesetzt. Dies teilte heute das Zentrum zur Verbindung mit der Öffentlichkeit des Staatssicherheitsministeriums der LVR mit.

„Das MfS der LVR verfügt über Informationen über auf dem Territorium der Volksrepubliken geplante Anschläge auf die Staatsoberhäupter der LVR und der DVR, die auf dem Territorium eines privaten Trainingslagers vorbereitet werden“, heißt es in der Mitteilung.

„Nach uns vorliegenden Informationen wird im Gebiet von Nowopetrowka im Berdjanskij-Bezirk des Oblast Saporoshe eine private Basis zur Ausbildung von Mitgliedern von Diversions- und Terrorgruppen geschaffen. Die Ausbildung der Diversanten in Sprengstoff- und Scharfschützenangelegenheiten leitet der Bürger Georgiens Maruaschwili, der an den Kämpfen in Südossetien im Jahr 2008 beteiligt war“, erläuterte das MfS

Hauptaufgabe der Diversions- und Terrorgruppen wird die Durchführung von Terrorakten auf dem Territorium der DVR und der LVR sein.

„Das private Trainingslager wurde angeblich auf Initiative und mit den Mitteln einer der rechtsradikalen Abgeordneten der Obersten Rada der Ukraine geschaffen“, teilte das MfS mit.

„Faktisch ist diese Person das vermittelnde Glied zwischen den Terroristen und ukrainischen Spezialdiensten, die dazu geschaffen wurden, um die Spuren der Beteiligung von Staatsorganen an Terroraktivitäten zu verwischen“, erklärte das Ministerium.

de.sputniknews.com: „Teil von Korruptionsproblem“: Deutsche Medien zu Schaufensterpolitik von Poroschenko

Der ukrainische Präsident Poroschenko betreibt eine reine Schaufensterpolitik gegen die grassierende Bestechung, Bestechlichkeit und Veruntreuung von Geldern, wie der Deutschlandfunk unter Berufung auf ukrainische Antikorruptionsaktivisten berichtet.

„Das Antikorruptionsgesetz, das er ins Parlament brachte, wurde von der Venedig-Kommission, der EU, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank nicht gebilligt, weil es dem Präsidenten selbst die volle Kontrolle über den Antikorruptionskampf zusichert“, zitiert der Sender DLF Dmytro Drobot vom Antikorruptionszentrum in Charkiw.

Der Radiosender verwies unter anderem auf die Angaben des Internetportals Marlin, laut denen Poroschenko persönlich am Krieg im Südosten des Landes verdient. Privatunternehmen des ukrainischen Staatschefs sollen im Jahre 2017 Staatsaufträge im Wert von mehr als 800.000 Euro bekommen haben, darunter auch die Reparatur einer Fregatte für über 400.000 Euro.

„Korruption gibt es auch in der Armee. Jüngster Skandal war der Weiterverkauf von Armeebenzin, mutmaßlich durch das Verteidigungsministerium. Poroschenko wurde einst zitiert, dass er jedem, der die Armee bestiehlt, die Hand abhacken wollte, doch jetzt ist er still, weil er selbst so viel Dreck am Stecken hat“, so der Aktivist.

Laut dem Investigativ-Journalisten Pawel Nowik vom Charkiwer Antikorruptionszentrum hat kaum jemand Poroschenko „die Rolle des Vorreiters bei Kampf gegen die Korruption in der Ukraine“ abgenommen, bei der Wahl in einem Jahr bekomme er dafür möglicherweise die Quittung.

Die Gründung eines Antikorruptionsgerichts, dessen Gesetzentwurf im März in der ersten Lesung von der Rada verabschiedet worden ist, gilt als Schlüsselforderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) an die Ukraine für die Gewährleistung einer erneuten Kredittranche. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte zuvor erklärt, dass es im Gesetzentwurf über die Bildung eines Antikorruptionsgerichts auch Empfehlungen der sogenannten Venedig-Kommission gegeben habe. Unter anderem sieht der Gesetzentwurf einzelne Sicherheitsgarantien für Richter der Antikorruptionsgerichte und die Transparenz der Rekrutierung von Richtern vor.

Gleichzeitig soll die Organisation Transparency International dem ukrainischen Präsidenten vorgeschlagen haben, das Dokument zurückzuziehen und es nachzuarbeiten, weil das Dokument aus der Sicht der Organisation den Empfehlungen der Venedig-Kommission nicht entsprach. Der Gesetzentwurf sieht demnach unrealistisch hohe Forderungen an Kandidaten für ein Richteramt des Obersten Antikorruptionsgerichts vor, was dabei nicht zulässt, ihre Auswahl durchzuführen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31782/41/317824136.jpg>

de.sputniknews.com: Poroschenko ist „Meister der Zerstörung“ – russischer Politiker  
Der Chef des Ausschusses für Informationspolitik im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), Alexej Puschkow, hat via Twitter den jüngsten Auftrag des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, ein Verfahren zum offiziellen Austritt des Landes aus den Gründungsorganen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) einzuleiten, kommentiert.

„Der Austritt der Ukraine aus den GUS-Staaten hat keine Bedeutung. Und Poroschenko sucht begeistert danach, jenes zu zerstören, was noch erhalten ist. ‚Meister‘ der Zerstörung“, twitterte Puschkow.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte beim 11. Kiewer Sicherheitsforum das Ministerkabinett beauftragt, ein Verfahren zum offiziellen Austritt des Landes aus den Gründungsorganen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) einzuleiten.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess am Vormittag

Am Morgen wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in vier Richtungen festgestellt:

5:50 – aus Richtung Leninskoje auf das **Gagarin-Bergwerk**, es wurden drei Schüsse mit Schützenpanzern und 30 Schüsse mit Abwehrgeschützen abgegeben;

7:10 – aus Richtung Awdejewka auf **Mineralnoje** unter Verwendung von großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen;

08:05 – aus Richtung Marjinka auf **Trudowskije**, es wurden 25 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, es wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet;

08:15 – aus Richtung Nowoluganskoje auf **Dolomitnoje**, es wurden 2 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen,.

11:19 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus zwei Richtungen eröffnet:

- aus Richtung Kamenka auf **Krutaja Balka**: es werden Schusswaffen verwendet;

- aus Richtung Lüftungsschacht des Butowka-Bergwerks auf **Spartak**: es wurden vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm verwendet.



de.sputniknews.com: Skripal-Affäre: Angeblicher Mitentwickler von Nervengift nennt dessen schwache Stelle

Der mutmaßliche Miterfinder des Nervengifts „A234 Nowitschok“, Wil Mirsajanow, hat am Freitag in einem Interview mit dem Rundfunksender „Kommersant FM“ die Untersuchungsergebnisse der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zum „Fall Skripal“ kommentiert.

Als einen Nachteil dieser „Nowitschok“- Serie bezeichnete er seine Hydroanfälligkeit, was an und für sich eine instabile Verbindung bedeuten soll.

Wie er weiter betonte, kann dieser Stoff nur dann stabil sein, wenn es keine Feuchtigkeit gibt. Indes sei am 4. März in Großbritannien, als die Skripals vergiftet worden sein sollen, ein Nebel beobachtet worden – Wassertröpfchen hingen in der Luft.

„Bei solcher Feuchtigkeit hat nur ein Idiot diesen Stoff einsetzen können“, fügte Mirsajanow hinzu.

Am Donnerstag hatte die OPCW ihre Untersuchungsergebnisse zum „Fall Skripal“ veröffentlicht. Bei der eingesetzten Substanz habe es sich um ein Nervengift mit einem „hohen Reinheitsgrad“ gehandelt, heißt es in dem Bericht. Es soll fast keine Beimischungen enthalten haben.

Die OPCW nannte keinen mutmaßlichen Urheber der Attacke und auch nicht die benutzte Substanz. Ebenfalls wird nicht präzisiert, um welche Untersuchungsergebnisse Großbritanniens es sich handelt.

de.sputniknews.com: Dänemark gesteht: Bau-Stopp für Nord Stream 2 nicht möglich

Die Regierung Dänemarks kann den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 nicht blockieren, wie der Premierminister des Landes, Lars Løkke Rasmussen, nach den Verhandlungen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte.

Laut dem dänischen Fernsehsender TV2 hat der Regierungschef dem hinzugefügt, dass Kopenhagen keinerlei rechtliche Möglichkeiten besitze, um die Umsetzung dieses Projekts zu verhindern, aber die Möglichkeit habe, sie zu bremsen.

Der Premierminister habe Medienberichten zufolge dabei angemerkt, dass die dänische Regierung bislang noch keine Entscheidung bezüglich der Gewährung einer Baugenehmigung für Nord Stream 2 in der dänischen Meereszone der Ostsee getroffen habe....

Ukrinform.ua: Dänemark erlaubt Nord Stream 2 unter Garantie des Gastransits durch Ukraine

Dänemark habe beschlossen, den Bau der Nord Stream-Gaspipeline zuzulassen, wenn Russland garantiere, das Erdgas nach Europa weiter durch die Ukraine zu liefern, berichtet Ukrinform unter Berufung auf DW.

„In diesem Zusammenhang hat die ukrainische Frage eine entscheidende Bedeutung“, erklärte der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen in Berlin nach dem Treffen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Rasmussen erinnerte weiter, dass die dänische Regierung dem Bau der Gaspipeline in der ausschließlichen Wirtschaftszone des Landes noch nicht zugestimmt hat. Dänische Gesetze erfordern, dass die Regierung bei der Entschlussfassung „die geopolitischen Rahmenbedingungen berücksichtigt“. Diesen Aspekt studiere jetzt das Außenministerium von Dänemark.

Es sei klar, dass es im Falle von Nord Stream 2 nicht nur um das kommerzielle Projekt, sondern auch um die Politik gehe, sagte dänischer Premier. Sein Bau betreffe nicht nur Dänemark, daher war Rasmussen froh, dass die Bundeskanzlerin Merkel am 10. April eine unzweideutige Erklärung zu diesem Thema abgegeben hat.

de.sputniknews.com: Ist Moskau weiter Kiews Partner? Ukraine setzt Freundschaftsvertrag nicht außer Kraft

Kiew ist laut der ukrainischen Vize-Regierungschefin Iwanna Klimpusch-Zinzadse nicht gewillt, den Freundschaftsvertrag mit Russland zu kündigen. Sie begründete dies damit, dass mit diesem Dokument die territoriale Integrität und Unantastbarkeit der ukrainischen Grenzen anerkannt werden.

Wie sie gegenüber dem TV-Sender „112 Ukraine“ sagte, ist der Freundschaftsvertrag eines derjenigen prinzipiellen Abkommen, auf die sich Kiew in seinen Klagen gegen Russland bei internationalen Gerichtshöfen beruft.

Zugleich betonte die Vize-Regierungschefin, dass die ukrainische Seite einzelne Vertragsbestimmungen außer Kraft setzen könnte. Dafür sei aber eine anspruchsvolle Arbeit erforderlich.

„Dies muss eine sehr ausgewogene und sehr konkrete Analyse aller Punkte dieses Vertrages sein“, so Klimpusch-Zinzadse.

Am 4. April hatte die ukrainische Vize-Außenministerin Jelena Serkal mitgeteilt, Kiew werde den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Russland nicht kündigen, aber zugleich auch nicht verlängern.

Am 29. März hatte Serkal vorgeschlagen, einen Vertrag mit Russland unter neuen Bedingungen zu schließen. Das neue Dokument muss ihr zufolge rechtliche Mechanismen zur Lösung der zwischen beiden Ländern entstehenden Streitigkeiten beinhalten.

Der russisch-ukrainische Freundschaftsvertrag war im Mai 1997 geschlossen und Ende 2008 um zehn Jahr verlängert worden.

Die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau hatten sich nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland im März 2014 und nach Beginn des Donbass-Konflikts im April desselben Jahres verschlechtert.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über die Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium der Ukraine als „okkupiert“ bezeichnet. In der Endfassung des Dokuments ist von der vorrangigen Bedeutung der Minsker Vereinbarungen gar keine Rede mehr.

Das russische Außenministerium hatte die ukrainischen Behauptungen über eine Okkupation als „öffentliche unbewiesene Insinuationen“ bezeichnet. Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine Konfliktpartei in der Ostukraine sei und mit der Entwicklung im Donbass nichts zu tun habe. Russland sei vielmehr daran interessiert, dass die Ukraine die politische und ökonomische Krise so schnell wie möglich überwinde.

## **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: C-Waffen-Attacke in Duma: Moskau hat unbestrittene Daten für deren Inszenierung

Moskau verfügt über unbestrittene Angaben, dass die angebliche Chemiewaffenattacke im syrischen Duma eine Inszenierung unter Beteiligung von ausländischen Geheimdiensten gewesen sei. Dies sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

„Wir haben unbestrittene Angaben, dass dies (die angebliche C-Waffen-Attacke in Duma – Anm. d. Red.) eine erneute Inszenierung gewesen ist und daran die Geheimdienste eines Landes Hand angelegt haben, das nun danach strebt, in den ersten Reihen einer Anti-Russland-Kampagne zu sein“, sagte Russlands Außenminister bei einer Pressekonferenz in Moskau.

Lawrow verwies darauf, dass eine Mission der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen bereits nach Syrien abgereist sei.

„Sie soll meiner Meinung nach morgen früh nach Damaskus kommen, und wir rechnen damit, dass sie ohne Zögern nach Duma fährt, wo unsere Spezialisten, die diesen Ort untersucht haben, keine Bestätigung für einen Einsatz von Chemiewaffen, Chlor oder noch was anderem gefunden haben.“...

armiyadnr.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin über die Situation an der Kontaktlinie vom 6. bis 13. April 2018

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **in Richtung Donezk** die Gebiete von **elf Ortschaften** beschossen, der Feind hat 35 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgeschossen sowie mit Abwehrgeschützen, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

**In Richtung Gorlowka** hat der Feind **fünf Ortschaften** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Banden **45 Mal** den Waffenstillstand verletzt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 182 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt und auf das Territorium der Republik 55 Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 705 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen, außerdem mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **13 Ortschaften der Republik** beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Besatzer **starben drei Soldaten der Streitkräfte der DVR** und **sieben friedliche Einwohner** wurden **unterschiedlich schwer verletzt.**

In der letzten Woche haben die Banden der Ukraine **mehr als 100 Kriegsverbrechen gegen Einwohner unserer Republik** begangen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im einzelnen hat unsere Aufklärung festgestellt:

- 18 152mm-Haubitzen „Akazija“;
- 6 152mm-Haubitzen „MSTA-B“;
- 21 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;
- 3 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;
- 5 Abwehrraketekomplexe „Strela-10“;
- 13 T-64- und T-72-Panzer.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Ankunft einer Spezialabteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes am Stationierungsort der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte erhalten. Diese Umstände sind mit der fortschreitenden Zunahme von Verbrechen gegen die friedliche Bevölkerung und nicht ordnungsgemäßen Beziehungen zwischen den Soldaten verbunden.

Die zur Brigade hinzukommandierten „Hilfspolizisten“ konnten keine Ordnung schaffen. In dem Bericht des Leiters des militärischen Rechtsordnungsdienstes ist von der Notwendigkeit die Rede, „angesichts der Verschärfung der Lage“ dringend das Personal der verstärkten Einheit von zehn auf dreißig „Militärpolizisten“ zu vergrößern sowie mit militärischen Spezialmitteln zur Unterdrückung von Aufständen auszustatten.

Anlass zu offenem Ungehorsam war der Beschuss des Friedhofs in der Nähe von Sajzewo in der Nacht auf den 28. März. Das Artilleriefeuer wurde von betrunkenen ukrainischen

„Streitkräftlern“ geführt, die aus den westlichen Regionen des Landes stammen. Dabei haben die „Westler“ nach Forderungen ihrer „östlichen“ Kameraden, den Beschuss „des Friedhofs und von friedlichen Hütten“ einzustellen, diese des Separatismus beschuldigt und versucht sie „zur Vernunft zu bringen“.

Dann hat sich im Verlauf der Woche die Information über das Geschehene in den Verbänden verbreitet und ist am 7. April schließlich in eine Massenauseinandersetzung zwischen

„Ostlern“ und „Westlern“ am Stationierungsort der Brigade gemündet.

Um die Auseinandersetzung zu zerschlagen, wurden zusätzlich zu der verstärkten Abteilung von „Militärpolizisten“ Einheiten der Nationalgarde und Spezialeinheiten des Sicherheitsdienstes der Ukraine herangezogen. Erst danach gelang es, die aggressivsten Personen gemeinsam zu entwaffnen und festzunehmen.

Nach unseren Informationen sind solche Konflikte zwischen Soldaten aus östlichen und westlichen Oblasten der Ukraine in der Mehrheit der Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte zu bemerken.

Dabei verstärkt sich das Problem des Konflikts zwischen „Osten“ und „Westen“ der Ukraine weiter auf dem Hintergrund des sinkenden Lebensstandards im Land. Und die Regierung der dies unterstützenden Verbrecher in Kiew ist überhaupt nicht davon beunruhigt, dass das Land sich am Rand eines weiteren Bürgerkriegs befindet.

Denn die Armee bringt immer deutlich alle Probleme der Gesellschaft im Staat zum Ausdruck.

Bei dem Zustand von Anarchie, maßlosem Alkoholismus und Schikane in der ukrainischen Armee sieht die Verabschiedung des **Gesetzes „Über die Ordnung beim Durchlaufen des Militärdienstes“** durch das Regime Poroschenko wie eine offene Fiktion aus, die in der Realität auf ein Absenken der Personalausstattung gerichtet ist.

So werden mit der Verabschiedung des Gesetzes etwa 8000 Kämpfer, darunter mehr als 800 Offiziere, das Recht auf Demobilisierung erhalten. In der Folge wird die Personalausstattung der Truppenteile im Durchschnitt um 10% absinken.

Wir verfügen über einen Bericht des ukrainischen Generalstabs, gemäß dem praktisch jeder dritte Soldat die Absicht hat, nach Ablauf seines Vertrags auszuschneiden, besondere die höheren Offiziere (in den Rängen vom Major bis zum Oberst).

Um eine Verringerung der Zahl des Personals zu verhindern, sind die „operativen Kommandos“ und der Stab der Besatzungskräfte angewiesen, unverzüglich spezielle Gruppen zu bilden, die das Personal von der Notwendigkeit, einen weiteren Vertrag abzuschließen und den Dienst fortzusetzen, überzeugen sollen.

Aus uns vorliegenden Informationen ist uns bekannt, dass die größten Absenkungen in der 72. Brigade – auf 38,9% der vorgesehenen Zahl, in der 24. Brigade – auf 48,5%, in der 26.

Artilleriebrigade – auf 35,8%, in der 1. Panzerbrigade – auf 41,1% erfolgen werden.

Allem Anschein nach verlassen die ukrainischen „Streitkräftler“, die nicht unter die Demobilisierung fallen, wie üblich „eigenmächtig“ ihren Standort.

Allein seit Beginn des Jahres 2018 haben 1521 Kämpfer der „ukrainischen Streitkräfte“ eigenmächtig die Truppenteile verlassen, davon wurden 815 festgenommen.

In der letzten Woche wurde uns eine Gruppen“entfernung“ in der 57. Brigade bekannt. Fünf Soldaten verließen eigenmächtig die eingenommenen Positionen und begaben sich unter Mitnahme der ihnen anvertrauten Waffen in das in der Nähe liegende Perwomajskoje, um Alkohol aufzutreiben und zu trinken. Es ist ein Glück, dass diese „Entfernung“ ohne Folgen für die örtliche Bevölkerung endete. Die Deserteure wurden in praktisch bewusstlosem Zustand festgenommen. Dabei haben bereits seit einer Woche „Militärpolizisten“ versucht, „verlorene“ Waffen zurückzubringen, die die Alkoholiker bei den Nazisten gegen Alkohol eingetauscht haben.

Weniger Glück hatten die Einwohner des Bezirks des Bergwerks „Jushnaja“ in Dsershinsk, wo am 8. April die Soldaten der 24. Brigade B.M. Krikota, S.O. Butusow und R.I. Dotschilo

im betrunkenen Zustand eine Polizeieinheit entwaffneten, die auf Anruf eines örtlichen Einwohners erschienen war, um Plünderungen zu unterbinden.

Nach unseren Informationen sind die Kämpfer, die die Polizisten entwaffnet haben, festgenommen und befinden sich beim Sicherheitsdienst der Ukraine in Haft. Wir schließen nicht aus, dass die Verbrecher ein weiteres Mal ungestraft freigelassen werden.

In der bestehenden Situation bleibt Kiew nur die Hoffnung, seine Positionen durch Einheiten von Nazisten, die sich in der Besatzungszone befinden, zu sichern. „De jure“ sind die Radikalen der Regierung und den Besatzungskräften nicht untergeordnet, aber faktisch decken sie einzelne Abschnitte der Kontaktlinie ab. Dabei lassen die Nationalisten die Möglichkeit eines „Hinzuverdienstes“ durch Plünderungen und Handel mit von den „ukrainischen Streitkräften“ erhaltenen Waffen und Munition nicht aus.

Außerdem kommt bei den Nazisten, wie uns bekannt wurde, eine solche Art von Hinzuverdienst wie „**Kampfsafaris**“ wieder auf, wo jeder, der es will, für eine bestimmte Summe mit Schusswaffen, einem Abwehrgeschütz oder einem Mörser Ortschaften und Positionen der Verteidiger unserer Republik beschießen kann.

Als gesonderter Punkt wurde der „Preisliste“ die Möglichkeit hinzugefügt, mit einem 100mm-Geschütz MT-12 zu schießen, über das eine der Banden des „Rechten Sektors“ verfügt.

Die größte Popularität genießen die „Safaris“ bei Vertretern der Wirtschaftselite der Ukraine, von denen die Mehrheit aus den westlichen Oblasten des Landes kommt.

Allem Anschein nach hat der „Rechte Sektor“ mit dem Auftauchen neuer „Finanzierungs“quellen und der „Nachfrage“ an der Front mit der Umbildung seiner Kampfeinheiten begonnen.

Nach unseren Informationen werden in den nächsten zwei Wochen in Militärlagern in den Oblasten Kiew, Nikolajew, Poltawa und Chmelnyzkyj Monatskurse zur Ausbildung von Kämpfern beginnen, nach deren Abschluss (im Juni) von westlichen Instruktoren ausgebildete Mitglieder des „Rechten Sektors“ in der Besatzungszone im Donezker und Lungasker Oblast zu Kämpfen eintreffen werden.

Für die zusätzliche Ausstattung und Umbildung beim „Rechten Sektor“ sind vorgesehen:

die 7. Reservekompanie (in Chmelnyzkyj, Kommandeur - „Drakon“);

die 17. Reservekompanie (Bataillon „Kremen“, Poltawa, Kommandeur - „Bot“);

die 30. Reservekompanie (in Kiew, Kommandeur - „Delta“);

die 23. Reservekompanie (in Nikolajew, Kommandeur - „Gera“).

All dies zeugt vom Unwillen Kiews, die „Minsker Vereinbarungen“ zu erfüllen und den Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen. Wie zuvor werden die Nazis und ukrainischen Streitkräfte die örtliche Bevölkerung in den grenznahen Territorien auf beiden Seiten terrorisieren.

Wir rufen die internationalen Organisationen auf aufzuhören, Marionetten der Kiewer politischen Kreise zu sein und mit reinem Gewissen jedes Kriegsverbrechen der ukrainischen Soldaten und ihrer Anführer festzuhalten, um diese Materialien an die internationalen Gerichtsinstanzen zu übergeben! Es ist schon lange Zeit, Poroschenko persönlich und seine Kiewer Junta für die Verbrechen gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass zu verurteilen.

de.sputniknews.com: „Doping-Russin“: Sehbehinderte Athletin Lisowa gewinnt Klage gegen „Bild“

Ein Gericht in Hamburg hat der Klage der russischen Biathletin, Langläuferin und sechsfachen Paralympia-Siegerin Michalina Lisowa gegen die „Bild“-Zeitung in einem Verleumdungs-Fall stattgegeben, wie am Freitag bekannt wurde. Das Blatt darf sie nicht mehr als „Doping-Russin“ bezeichnen.

Wenige Tage vor der Eröffnung der Paralympischen Spiele im südkoreanischen Pyeongchang Anfang März hatte die „Bild“ einen Artikel über die sehbehinderte russische Athletin

veröffentlicht. Der Titel lautete: „Paralympics-Skandal! — Doping-Russin darf nach Pyeongchang“.

„Lisowa war von diesem Artikel schrecklich enttäuscht, der ihrem Ruf geschadet und ihr seelisches Leid zugefügt hat“, heißt es in der Pressemitteilung des Paralympischen Komitees Russlands (PKR). „Die Zeitung hat den guten Namen der Sportlerin beschmutzt. Sport bedeutet für Michalina alles.“

Lisowa hatte sich nach der Veröffentlichung des Artikels an die „Bild“ gewandt und dessen Entfernung gefordert. Die Zeitung lehnte das ab. Daraufhin reichte Lisowa eine Klage beim Hamburger Amtsgericht ein.

Der Klage der russischen Sportlerin wurde nun stattgegeben. Das Gericht wies darauf hin, die „Bild“-Zeitung habe Lisowas Rechte verletzt, indem sie sie als „Doping-Russin“ bezeichnet hat. Dem Blatt werde von nun an untersagt, diese Bezeichnung in Bezug auf die Sportlerin zu benutzen. Der entsprechende Artikel müsse entfernt werden.

Auf der „Bild“-Webseite ist der Artikel nicht mehr zu finden.

Dnr-online.ru: Die Wichtigkeit der allgemeinen Diskussion der Entwicklungsstrategie der Republik „Kraft des Donbass“ unterstrich heute die Sekretärin der Gorlowker Organisation der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Wiktorija Shukowa.

„Diese Initiative erlaubt es, breite Teile der Bevölkerung und eine Öffentlichkeit im Republikmaßstab zu erreichen. Als unabhängiger Staat berücksichtigt die DVR die Interessen und Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung. Ausgehend von der sozialen Ausrichtung denke ich, dass die Schaffung örtlicher Räte in den Städten und Bezirken der DVR es erlauben wird, gesellschaftliche Initiativen der Bevölkerung der Republik fest zu formieren.

Ich bin überzeugt, dass dank der Entwicklungsstrategie „Kraft des Donbass“, dank der Aktivität unserer Bürger und durch die Veränderungen zum Besseren Regionen der Ukraine dem Beispiel der DVR folgen werden. Sie werden gegen die verbrecherische Regierung in Kiew auftreten, beginnen ihre neuen und von der heutigen Ukraine unabhängigen staatlichen Bildungen zu formieren, die sich in ihrer Ausrichtung von der Propaganda der Gewalt, des Extremismus und des Hasses, die die herrschenden Kreise des offiziellen Kiews aufpfropfen, unterscheiden. Und wir werden ihnen dabei helfen. Gerade die DVR wird zum Vorreiter und zum leuchtenden Beispiel für die Bevölkerung der Ukraine. Wenn die Regionen der Ukraine sich befreien, können wir gemeinsam die Gründung eines neuen Staates ausrufen, dessen Regierung sich um sein Volk kümmern wird“, erklärte Shukowa.

de.sputniknews.com: „Schwere Indizien“: Bundesregierung findet Luftschläge auf Syrien „nachvollziehbar“

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von C-Waffen in Syrien? Für Regierungssprecher Steffen Seibert scheint Präsident Assad als Drahtzieher festzustehen. Das wurde bei der heutigen Regierungspressekonferenz in Berlin schnell klar. Nun soll Druck auf Russland aufgebaut und den USA der Rücken gestärkt werden.

Thema Nummer eins der heutigen Regierungspressekonferenz in Berlin war der mutmaßliche Giftgasanschlag im syrischen Duma. Die anwesenden Journalisten interessierte zu allererst, welche Erkenntnisse die Bundesregierung dazu hat. Nachdem Frankreichs Präsident Emmanuel Macron jüngst behauptet hatte, sein Land habe den Beweis, dass Syriens Präsident Assad für den Anschlag verantwortlich sei, gab sich nun auch Regierungssprecher Steffen Seibert überzeugt:

„Nach allem, was wir wissen, sind dort Chemiewaffen eingesetzt worden. Das syrische Regime hat leider eine traurige und üble Tradition des C-Waffen-Einsatzes gegen die eigene Bevölkerung. Und es gibt schwere Indizien, die auch in diesem Fall in Richtung des syrischen Regimes zeigen.“

Welche Indizien das sein sollen, darüber schweigt die Bundesregierung weiter. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am Donnerstag eine Beteiligung Deutschlands an militärischen Aktionen des Westens gegen Syrien ausgeschlossen. Doch würde die Bundesregierung einen Militärschlag gutheißen? Steffen Seibert lässt keinen Zweifel: „Wenn Sie sich erinnern an die militärische Reaktion, die die Amerikaner nach Chan Schaichun gezeigt haben, mit Luftschlägen gegen syrische Ziele, so haben wir die damals nachvollziehbar genannt.“

Bei einem Giftgasanschlag im April 2017 waren nach offiziellen Angaben mehr als 70 Menschen ums Leben gekommen. Auch damals war man überzeugt, die Regierung Assad sei dafür verantwortlich gewesen. Die jetzt folgenden Pläne der Bundesregierung kündigte Seibert so an:

„Klar ist unsere Stellung, dass wir alle Bemühungen der Vereinten Nationen unterstützen. Dass wir es sehr bedauern, dass russische Vetos ein gutes Funktionieren des UN-Sicherheitsrats in diesem Fall verhindert haben. Dass wir alles tun werden, um diplomatisch und politisch den Druck auf Russland, das natürlich der wichtigste Verbündete des Assad-Regimes ist, aufrecht zu erhalten.“

Dies sei auch der Gegenstand von Gesprächen, die die Bundeskanzlerin mit Präsident Putin geführt habe. Außenminister Heiko Maas hatte derweil seine Tonlage gegenüber Moskau verschärft. Im Gegensatz zur Kanzlerin schloss er in einem Interview die Beteiligung an einem Militärschlag in Syrien nicht kategorisch aus. In der Regierungspressekonferenz am Freitagmorgen wollte Steffen Seibert das nicht kommentieren:

„Die Beiträge, die einzelne Staaten leisten, mögen unterschiedlich sein zwischen permanenten Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats und Ländern, die das nicht sind. In der Bundesregierung sind wir in dieser Sache vollkommen einig. Es gibt eine ganz enge Abstimmung zwischen Heiko Maas und der Bundeskanzlerin. Und so ist es auch mit den europäischen Partnern.“ Ziel Nummer eins sei deshalb, Russland mit politischem Druck zu versehen, damit es seinen Einfluss auf Syriens Präsident Assad geltend mache. Diese Linie sei mit den internationalen Partnern abgestimmt:

„Das ist der Beitrag, den alle leisten. Einzelne Staaten denken noch über andere Optionen nach. Aber derzeit leisten wir alle diesen Beitrag, den politischen Druck zu erhöhen und vollkommen klarzumachen, dass der C-Waffen-Einsatz nicht ungestraft im totalen Bruch mit der Chemiewaffenkonvention vonstattengehen darf.“

Auf die Nachfrage, ob sich die Bundesregierung angesichts kriegerischer Äußerungen des US-Präsidenten Sorgen mache, antwortete Seibert ausweichend. Man wolle nicht jeden Tweet von Donald Trump kommentieren, so der Regierungssprecher. Anscheinend hofft man im politischen Berlin aber, dass nicht Trump allein die Entscheidung über einen Militärschlag treffe, denn die letzte Antwort Seiberts zum Thema Vertrauen zum US-Präsidenten fiel kurz und knapp aus:

„Wir konzentrieren uns auf die engen Kontakte, die wir mit der amerikanischen Regierung haben.“

Zuletzt hatten neben US-Präsident Trump auch die Führungen in Frankreich und Großbritannien die Möglichkeit eines Luftangriffs auf Stellungen des syrischen Militärs angekündigt. Wann dies geschehen könnte, ließen die Staaten dabei bisher noch offen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32031/78/320317821.jpg>

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Moskau wird „interessante Momente“ aus OPCW-Bericht publik machen

Russland beschäftigt sich weiter mit der Analyse des Berichts der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) im Fall des vergifteten russischen Ex-Spions Sergej Skripal und dessen Tochter. Moskau wird laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow besonders „interessante“ Momente publik machen.

Wir beschäftigten uns mit einer gründlichen Analyse des Berichts. Dort gibt es viele interessante Momente“, sagte Lawrow bei einer Pressekonferenz in Moskau nach seinen Verhandlungen mit dem niederländischen Amtskollegen Stef Blok.

„Wir versuchen, diese in der nächsten Zeit öffentlich zu machen, sobald unsere Experten sowie die aus Profilbehörden mit diesem ziemlich umfangreichen Dokument fertig sind“, fügte der russische Außenminister Sergej Lawrow hinzu.

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hatte am Donnerstag die Ergebnisse ihrer Untersuchung im Fall des vergifteten russischen Ex-Spions Sergej Skripal und dessen Tochter bekannt gegeben.

Lug-info.com: Mehr als 4000 Einwohner der LVR haben am Vortag des Tags der Opfer der ukrainischen Aggression am Marsch „Die Unbezwungenen. Erinnerung der Generationen“, der durch die zentralen Straßen der Hauptstadt der Republik verlief, teilgenommen. Dies berichtete der Vorsitzende des Volkssowjets der LVR, der Leiter des republikanischen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ Denis Miroshnitschenko.

Der Zug begann am Denkmal für die Helden des Großen Vaterländischen Kriegs im Gebiet des Busbahnhofs und endete mit der Niederlegung von Blumen am Denkmal für die Verteidiger der Republik „Sie verteidigten die Heimat“ im Park der Völkerfreundschaft....





[http://img.lug-info.com/cache/3/e/\(4\)\\_IMG\\_0945.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/3/e/(4)_IMG_0945.JPG/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: Lawrow spricht mit Blok: „Giftgasanschlag“ in Syrien und Fall Skripal im Fokus

Der niederländische Außenminister Stef Blok hat bei seinem Treffen mit dem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow den angeblichen C-Waffen-Anschlag in Syrien und die Situation um die Vergiftung des ehemaligen Offiziers des Militärnachrichtendienstes GRU Sergej Skripal besprochen.

„Wir haben über die Rolle Russlands in Syrien und in der Ukraine sowie über den Fall Skripal gesprochen. Syrien ist heute selbstverständlich in aller Munde. Und es ist nicht einfach, gemeinsame Berührungspunkte zu finden“, sagte Blok auf einer Pressekonferenz in Moskau. „Wir haben sehr deutlich gesagt, dass die Niederlande die Verwendung von chemischen Waffen in welcher Form auch immer nicht begrüßen. Wir begrüßen eine unabhängige Untersuchung (in Syrien – Anm. d. Red.) vonseiten der Uno, und wir sind der Meinung, dass das durchaus notwendig ist“, fügte Blok hinzu.

Lawrow zufolge hat Russland gegenüber der niederländischen Seite seine Position hinsichtlich der Ermittlungen zum Boeing-Absturz im Juli 2014 im Donbass dargelegt. „Wir haben die Schritte ausführlich dargelegt, die die russische Seite mehrfach unternommen hatte“, so Lawrow.

Ukrinform.ua: Gottemoeller: NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ist absolut realistisch  
Das Streben der Ukraine nach der NATO-Mitgliedschaft sei ein wichtiges und absolut realistisches Ziel, aber dafür sei die Umsetzung von wichtigen Reformen notwendig, erklärte heute die stellvertretende NATO-Generalsekretärin Rose Gottemoeller in ihrer Rede auf dem XI. Sicherheitsforum in Kiew, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„... Es scheint mir, dass das ein sehr wichtiges und realistisches Ziel ist. Aber dafür müssen ernsthafte Reformen in Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen durchgeführt werden“, sagte sie.

Sie fügte hinzu, wenn sie jemand um einen Rat bitten würde, wie die Ukraine die

Mitgliedschaft in der Allianz erreichen könnte, würde sie raten, sich auf ernsthafte Reformen zu konzentrieren.

„Aber Ihre euro-atlantischen Hoffnungen sind nicht unrealistisch, sie sind realistisch“, wiederholte die stellvertretende NATO-Generalsekretärin.

de.sputniknews.com: Donbass: „Volksrepubliken“ fürchten Attentate aus Kiew  
Das Ministerium für Staatssicherheit der selbsternannten Volksrepublik Lugansk (LNR) verfügt über Angaben, dass Kiew Saboteure für die Vernichtung der Leiter der Volksrepubliken Lugansk und Donezk vorbereitet. Dies teilte die Pressesprecherin des Ministeriums für Staatssicherheit der LNR, Jewgenija Ljubenko, am Freitag mit.

„Das Ministerium für Staatssicherheit der Volksrepublik Lugansk verfügt über Angaben über die auf dem Territorium der Volksrepubliken im Donbass geplanten Terrorakte und Attentate auf die Leiter der LNR und DNR“, sagte Ljubenko.

Der Behörde zufolge haben die ukrainischen Geheimdienste ein privates Unternehmen mit diesen Attentaten beauftragt. Laut dem Ministerium wird in der Ortschaft Nowopetrowka im Gebiet Saporishshja (Südosten der Ukraine) ein privater Stützpunkt für die Vorbereitung von Terrorgruppen eingerichtet. Ljubenko präzisierte, dass die Ausbildung der Saboteure in Sprengtechnik und Scharfschützenfertigkeiten von einem „georgischen Staatsbürger gemanagt wird, der sich an den Kampfhandlungen in Südossetien im Jahr 2008 beteiligt hatte“.

Die Aufgaben der Terrorgruppen seien die Verübung von Terrorakten auf dem Territorium der Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie die Vernichtung ihrer Führung.

Im Ministerium wurde präzisiert, dass das private Ausbildungslager nach vorläufigen Angaben auf Initiative und Mittel eines rechtsradikalen Abgeordneten der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) geschaffen worden sei.

„Praktisch stellt diese Person ein Zwischenglied zwischen den Terroristen und den ukrainischen Geheimdiensten dar, um die Spuren der Verwicklung der Staatsbehörden in die Terroraktivitäten zu verdecken“, so Ljubenko.

Im Oktober 2016 war im Donezk der Kommandeur des Bataillons „Sparta“, Arseni Pawlow (sein Funkruf „Motorola“,) ums Leben gekommen. In der DNR wird behauptet, dass Pawlow infolge eines Terroraktes umgekommen sei, den die ukrainischen Geheimdienste verübt hätten. Anfang Februar 2017 war infolge eines Terroraktes der Kommandeur des Bataillons der DNR „Somali“, Michail Tolstych, bekannt als „Giwı“, ums Leben gekommen.

Kiew erkennt die selbsternannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk nicht an, hält die von den Behörden der Republiken kontrollierten Territorien für besetzt und die Volkswereinheiten für Terrorvereinigungen.

Die Behörden der Ukraine hatten im April 2014 eine Militäroperation gegen die beiden selbstausgerufenen Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Staatsstreich in der Ukraine vom Februar 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Nach UN-Angaben sind in dem Konflikt bereits mehr als 10.000 Menschen ums Leben gekommen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

**In der letzten Woche** haben die ukrainischen Truppen **21 Mal** den „Osterwaffenstillstand“ verletzt. Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen und Schusswaffen geschossen.

„Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 360 Geschosse abgeschossen. Im Vergleich zur vorangegangenen Woche hat sich die Zahl der Beschüsse um 7 erhöht.

IM Verlauf der Woche haben die Kiewer Truppen die Gebiete von **Losowoje, Kalinowka, Sansharowka, Shelobok, Donezkij, Kalinowo, Kalinowo-Bortschtschewatoje,**

**Perwomajsk** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Majstrenko, der Kommander der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, der Kommandeur der 10.

Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Subanitsch.

Ich möchte auch anmerken, dass die Zahl der Beschüsse unserer Positionen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte genau dann anwächst, wenn Vertreter westlicher Länder oder Organisationen die Ukraine besuchen. Dies geschieht, um uns zur Erwidernng des Feuers zu provozieren und uns dann der Verletzung der Feueereinstellung und der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

**In der letzten Woche starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR** beim Beschuss eines medizinischen Feldpunktes durch die Kiewer Truppen, **ein weiterer wurde schwer verletzt.**

Die Hauptzahl der ukrainischen Militärtechnik und Waffen, die sich an der Kontaktlinie befinden, kommen regelmäßig in den offiziellen Berichten der OSZE als an den Lagerorten fehlend zum Ausdruck. Daran zeigt sich der formale Charakter der Beziehung der ukrainischen Seite zu dieser Kontrolle.

Im Verlauf der Woche wurden folgende Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte als in den Lagerorten fehlend erfasst: 10 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 11 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“; 12 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwodika“; 11 122mm-Haubitzen D-30; 10 120mm-Mörser 2B11 „Sani“; 7 120mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“; 15 Mehrfachraketenwerfer „Grad“.

Am 11. April haben Spezialisten der Volksmiliz der LVR im Ergebnis von organisierter und professioneller Arbeit eine **Drohne des Gegners vom Typ Phantom abgeschossen**, die über unserem Territorium flog.

Derzeit wird die von der Drohne aufgenommene Informationen analysiert, die Drohne selbst wird nach einer Reparatur von der Volksmiliz der LVR genutzt und unseren Beutetechnikpark auffüllen.

Es werden weiter täglich Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten unter den ukrainischen Soldaten festgestellt.

Allein in den nicht einmal zwei Wochen des April wurde uns vom Tod von zwei und der Verletzung von acht Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bekannt.

Außerdem gibt es weiter **Vergiftungen durch abgelaufene oder qualitativ minderwertige Lebensmittel.**

Uns ist von Massenvergiftungen in den Einheiten der 10. und 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bekannt, in deren Folge sich mehr als 40 Kämpfer im Krankenhaus befinden.

de.sputniknews.com: **„Es gab keinen Giftgasangriff“ - Russische Armee stellt Beweise vor**

Wenige Tage nach der angeblichen Giftgas-Attacke in Duma bei Damaskus, die die USA als Anlass für militärische Intervention nutzen wollen, stellt das russische Verteidigungsministerium Beweise dafür vor, dass der Angriff vorgetäuscht worden ist.

Das russische Verteidigungsministerium hat am Freitag bei einer Pressekonferenz in Moskau der Öffentlichkeit mehrere Videos präsentiert, die die Berichte über den angeblichen Giftgasangriff im syrischen Duma in Frage stellen. In den Aufnahmen melden sich Augenzeugen zu Wort.

„Am Sonntag, dem 8. April, wurde ein Gebäude bombardiert. Die oberen Etagen wurden zerstört, ihre verletzten Bewohner wurden sofort rausgeholt. Im Erdgeschoss brach ein Feuer aus. Diese Etage und der Keller waren stark verqualmt. Die Menschen wurden in die Notaufnahme gebracht, wo wir ihnen Hilfe leisteten. Wir haben nicht bemerkt, dass wir gefilmt wurden“, berichtet ein medizinischer Angestellter des Krankenhauses in Duma gegenüber dem russischen Kamerateam.

Am besagten Tag sei dann aber plötzlich ein fremder Mensch gekommen und habe geschrien,

dass es sich um einen Giftgasangriff gehandelt hätte. „Er behauptete, die Leute seien Chemiewaffen-Opfer. Sie erschrecken und begannen, sich gegenseitig mit Wasser zu begießen. Sie nutzten Asthmasprays. Die Ärzte des Krankenhauses sagten uns, dass es keine chemische Vergiftung gewesen sei“, so der Syrer.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/sUr9vBrDcqq" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/sUr9vBrDcqq>

### de.sputniknews.com: „**Großbritannien in C-Waffen-Provokation involviert**“ - **Moskau schiebt Beweise nach**

Sechs Tage nach der angeblichen Giftgasattacke im syrischen Duma, die die Westmächte als Anlass für einen Angriff auf Syrien nutzen wollen, präsentiert das russische Verteidigungsministerium weitere Beweise dafür, dass es sich um eine pure Inszenierung handelt. Nach Angaben der Behörde ist Großbritannien unmittelbar darin involviert.

Auf einer Pressekonferenz am Freitag in Moskau hat Igor Konaschenkow, Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, ein Video mit zwei Syrern präsentiert, die an der von der umstrittenen Hilfsorganisation „Weißhelme“ organisierten Inszenierung als ungewollte Schauspieler teilgenommen haben sollen.

„Wir haben unmittelbare Teilnehmer der Videoaufnahme gefunden und befragt. Heute stellen wir das Interview mit diesen Männern vor“, sagte Konaschenkow. In dem Interview hätten die beiden Duma-Bewohner im Detail berichtet, wie die Episode inszeniert und gefilmt worden war.

„Wir wissen ganz genau, dass die sogenannten Weißhelme vom 3. bis zum 6. April von London unter Druck gesetzt wurden, um die bereits davor geplante Provokation schnellstens durchzuführen“, sagte Konaschenkow weiter.

In diesem Zeitraum hätten die Kämpfer der Dschaisch al-Islam\* die syrische Hauptstadt Damaskus intensiv beschossen, um den Gegenschlag der Regierungstruppen der Öffentlichkeit dann als eine „C-Waffen-Attacke“ zu verkaufen.

Die beiden seien Ärzte eines Krankenhauses in Duma. In dem Video geben sie zu, dass keiner der Patienten, die nach der angeblichen Giftgasattacke eingeliefert wurden, Spuren von Einwirkung eines Kampfstoffes aufgewiesen hätten.

„Während sie behandelt wurden, rannten Unbekannte ins Krankenhaus, manche hatten Videokameras. Diese Menschen riefen, dass alle im Raum vergiftet worden seien. Dabei begossen sie die Anwesenden aus Wasserschläuchen. Unter Patienten und Angehörigen brach dann Panik aus.“

Konaschenkow dazu: Russland hoffe, dass die Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), die noch am Freitag nach Duma kommen sollen, sich nicht von „Dritten“ gängeln lassen, sondern objektiv ermitteln.

In der vergangenen Woche hatten oppositionelle Internetportale über einen Chlorgas-Einsatz in der damals noch von Rebellen kontrollierten Ortschaft Duma östlich von Damaskus mit Hunderten Toten berichtet. Ihre Informationen wurden schnell von westlichen Medien und Spitzenpolitikern aufgegriffen, die die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für die angebliche Attacke verantwortlich machten. Damaskus wies das zurück. Eine unabhängige Ermittlung blieb vorerst aus.

Dennoch drohte US-Präsident Donald Trump als Vergeltung einen Militärangriff auf Syrien an.

Nach russischen Angaben hat es keinen Giftgasangriff gegeben. Die ABC-Abwehr untersuchte die Gegend und fand nach eigenen Angaben keinerlei Hinweise auf eine Anwendung chemischer Kampfstoffe. Der Generalstab in Moskau hatte bereits am 13. März gewarnt, dass Militante in Ost-Ghuta die Inszenierung eines Chemiewaffen-Einsatzes vorbereiten würden, um den USA einen formellen Anlass für einen Angriff auf Assad zu

liefern. Experten warnen unterdessen vor einem militärischen Konflikt zwischen den Atommächten USA und Russland.

Dan-news.info: „Die Leiche eines Soldaten wurde heute auf einem Minenfeld nicht weit von den Positionen unserer Truppen in Sajzewo gefunden. Nach unseren Informationen ist der tote Kämpfer der Fähnrich Majboroda, der das Amt eines Kommandeurs eines Aufklärungszugs der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte innehatte. Derzeit befindet sich die Leiche des Fähnrichs in einer Leichenhalle“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Die Leiche des Soldaten wurden von ukrainischen Soldaten während des Abzugs nach einem erfolglosen Angriff zurückgelassen. Seine Bergung wurde erst möglich, nachdem in diesem Gebiet eine relative Ruhe eingeleitet war.

Wir erinnern daran, dass am 8. April eine ukrainische Diversions- und Erkundungsgruppe die Positionen der DVR in der Nähe von Sajzewo im Norden von Gorlowka angriff. Der Angriff wurde gestoppt. Zwei Diversanten wurden getötet, drei verletzt.

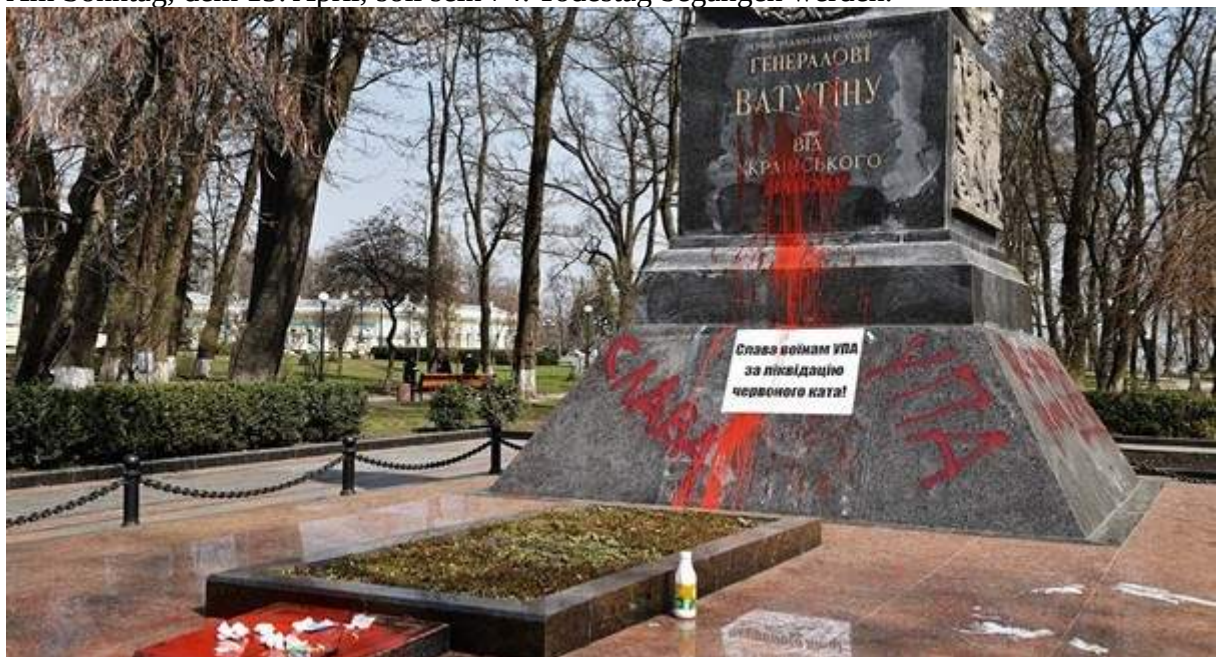
de.sputniknews.com: Gedenken an Kiews Befreier geschändet - Nationalisten besudeln Watutin-Denkmal

Mitglieder der nationalistischen Organisation „S-14“ haben am Freitag im Zentrum von Kiew das Denkmal für Nikolai Watutin mit roter Farbe übergossen und die Gedenkzeremonie für den sowjetischen Armeegeneral vereitelt, der im Großen Vaterländischen Krieg die Operation zur Befreiung der ukrainischen Hauptstadt befehligt hatte.

Laut per Facebook übermittelten Informationen haben mehrere Dutzend Vandalen das Monument mit Rot beschmiert und sich davor fotografieren lassen. Sie hinderten angekommene Menschen, darunter Kriegsveteranen, daran, am Denkmal Blumen niederzulegen. Einer der Teilnehmer der nationalistischen Aktion nannte Watutin einen „Henker des ukrainischen Volkes“.

Nikolai Watutin kommandierte ab März 1943 die Woronescher Front, die später Kiew befreite. Am 25. Februar 1944 wurde er bei einem Überfall von Mitgliedern der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) schwer verwundet und starb am 14. April 1944 an seinen Verletzungen.

Am Sonntag, dem 15. April, soll sein 74. Todestag begangen werden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32032/34/320323430.jpg>

ukrinform.ua: Gottemoeller: NATO soll von der Ukraine lernen, wie man einem Hybrid-Krieg widersteht

Die stellvertretende NATO-Generalsekretärin Rose Gottemoeller hat heute auf dem XI. Sicherheitsforum in Kiew erklärt, die NATO schätze sehr hoch die Handlungen der Ukraine bei der Abwehr der russischen Hybrid-Aggression und wolle diese Erfahrung unseres Landes übernehmen, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Heute sprechen wir darüber, dass es so etwas wie einen Nebel des Krieges gibt und der Grund dafür ist Russland, das asymmetrische Methoden verwendet - Destabilisierung, Cyber-Angriffe, Fehlinformationen. Jeden Tag sind wir mit diesen Risiken und Herausforderungen konfrontiert. Die Ukraine ist seit vier Jahren an der Grenze dieses Hybrid-Krieges. Man kann sagen, dass die Ukraine bereits gegen die Falschinformation, die aus Russland ausgeht, geimpft ist. Das ist sehr wichtig. Die NATO kann von der Ukraine in der Frage der Abwehr der Hybrid-Risiken viel lernen“, sagte Rose Gottemoeller.

Sie erinnerte daran, dass in der NATO eine Plattform für die Abwehr der Cyber-Angriffe errichtet wurde, um die allgemeine Bildung in diesem Bereich zu verbessern.

de.sputniknews.com: In England gestorbene Russen: Alle Tode haben eines gemein – Botschafter

Alle Tode und Attentate gegen Russen in Großbritannien haben laut dem russischen Botschafter in London, Alexander Jakowenko, eines gemeinsam: die Geheimhaltung äußerst wichtiger Information durch die britische Seite.

„All diese Fälle haben etwas gemeinsam. Alle Dokumente sind für geheim erklärt worden und wir haben keine Möglichkeit zu erfahren, was konkret in diesen Materialien enthalten ist. Dies bezieht sich sowohl auf den Fall Skripal als auch auf den Fall von Nikolaj Gluschkow“, erklärte der Botschafter am Freitag auf einer Pressekonferenz, bei der ein Bericht der diplomatischen Mission zum Vorfall in Salisbury vorgestellt wurde.

Im Fall Skripal berufen sich die britischen Behörden auf „eine Reihe von Morden, die vom (russischen – Anm. d. Red.) Staat gefördert wurden“, heißt es in dem besagten Bericht. Dazu zähle auch der Mord an Alexander Litwinenko im Jahr 2006.

„In Wirklichkeit zeigt der Mord an Alexander Litwinenko den Wunsch von Whitehall (Straße im Londoner Regierungsviertel, Synonym für die britische Zentralmacht – Anm. d. Red.), Schlüsselinformationen geheim zu halten und ernsthafte Anklagen zu erheben, die von keinen Tatsachen gestützt werden. Das gleiche Szenario, allerdings etwas schneller, spielt sich auch jetzt ab“, geht aus dem Schreiben ferner hervor.

So entwickelten sich die Fälle des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal, des Geschäftsmannes Nikolaj Gluschkow und des Ex-Geheimdienstlers Alexander Litwinenko scheinbar nach demselben Szenario, heißt es in dem Bericht abschließend.

Nikolaj Gluschkow, ein russischer Manager, war am 12. März tot in seiner Londoner Wohnung aufgefunden worden. Gluschkow hatte für die russischen Großkonzerne Avtovaz und Aeroflot gearbeitet. Wegen Betrug und Geldwäsche wurde er 2004 zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. 2010 erhielt er in Großbritannien Asyl. Zunächst waren die Umstände seines Todes unklar. Inzwischen soll die britische Polizei aber von Mord ausgehen – am Hals von Gluschkow seien Spuren von Gewalt entdeckt worden.

Der Offizier des russischen Geheimdienstes FSB und spätere britische Nachrichtendienstler Alexander Litwinenko verstarb 2006 in Großbritannien nach anfänglichen medizinischen Fehldiagnosen und Behandlungen an den Folgen einer Vergiftung mit Polonium 210.

**Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess am Nachmittag:**

15:20 – es wurde ein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Marjinka auf **Trudowski** mit Antipanzerhandgranatwerfern (ein Granatgeschoss), großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen festgestellt.

**abends:**

de.sputniknews.com: Syrien-Konflikt: Bundesaußenminister Maas fordert mehr Druck auf Russland

Der politische Druck auf Russland müsste verstärkt werden, nachdem Moskau die jüngste US-Resolution zu Syrien im UN-Sicherheitsrat blockiert habe. Das erklärte Bundesaußenminister Heiko Maas am Freitag in Brüssel.

Es sei nicht akzeptabel, dass Moskau im Sicherheitsrat bereits etliche Male US-Resolutionen zum Syrien-Konflikt blockiert habe, sagte Maas. Deshalb sei es wichtig, den politischen Druck auf Russland — die Schutzmacht der syrischen Regierung — zu verstärken. Die westliche Staatengemeinschaft solle deshalb geschlossen vorgehen.

Maas zufolge sollte Russland seine Position ändern. Das sei eine der Hauptbedingungen für die Beilegung des Syrien-Konflikts, sagte Maas nach einem Treffen mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker....

de.sputniknews.com: Briten überraschen russischen Botschafter

Der russische Botschafter in Großbritannien, Alexander Jakowenko, hat sich von den Behauptungen, die russischen Geheimdienste hätten die Skripals angeblich verfolgt, überrascht gezeigt. Laut dem Diplomaten hätte London in diesem Fall früher reagieren müssen.

Am Freitag ist ein Brief des britischen Beraters für nationale Sicherheit, Mark Sedwill, an den Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg veröffentlicht worden, in dem es hieß, dass der russische Geheimdienst angeblich seit 2013 Interesse an den Skripals gezeigt habe. GRU-Mitarbeiter sollen nach Angaben der britischen Behörden in dieser Zeit auch versucht haben, Zugang zu den E-Mails von Julia Skripal zu bekommen.

„Ich bin sehr überrascht. Sie können übrigens Informationen über die Skripals in diesem Dokument lesen. Er (Sergej Skripal – Anm.d. Red.) wurde in Moskau freigelassen und kam danach nach Großbritannien. Wo sollen die Beweise dafür herkommen, dass Russland ihn bespitzelte? Warum haben wir bisher keine Beschwerden von den britischen Kollegen gehört? Wir haben keine Zeichen von den britischen Behörden gesehen, dass sie mit den Umständen und dem Leben von Skripal in Großbritannien nicht zufrieden wären und Bedenken hätten, dass er ausspioniert wird“, sagte Jakowenko am Freitag auf einer Pressekonferenz in London...

ukrinform.ua: **SBU: Kreml plant Angriff auf die Ukraine in diesem Herbst**

In Russland bereite man sich auf einen neuen Angriff auf die Ukraine unter dem Vorwand der „Verteidigung der russischsprachigen Bevölkerung“ vor, erklärte heute auf einem Briefing der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), Wiktor Kononenko, teilt ein Ukrinform-Korrespondent mit.

„Wir haben Informationen über die Pläne russischer Seite. Wir wissen von der Existenz einer Gruppe in Putins Umgebung, welche sich zum Ziel gesetzt hat, die Voraussetzungen für das Einmarschieren russischer Truppen in die Ukraine unter dem Vorwand der Verteidigung der russischsprachigen Bevölkerung schon im Herbst dieses Jahres zu schaffen“, sagte er.

Der stellvertretende SBU-Vorsitzende hat angemerkt, dass nach vorhandenen Angaben Provokationen bei den pro-russischen Veranstaltungen und Prozessionen geplant sind. Insbesondere plane die erwähnte Gruppe, kriminelle Strukturen, Sportler für das Verprügeln der Teilnehmer dieser Aktionen einzusetzen.

„Aber wir werden nicht zulassen, dass diese Pläne realisiert werden, wie werden weiterhin die subversiven Tätigkeit der russischen Geheimdienste enthüllen“, fügte Kononenko hinzu

de.sputniknews.com: „Giftgasangriff unnötig für Assad“: Britische Moderatorin unterbricht Sendung

General a.D. Jonathan Shaw, Ex-Kommandeur der britischen Streitkräfte im Irak, hat am Freitag in einem Interview mit Sky News über den angeblichen C-Waffen-Angriff im syrischen Duma gesagt, dass die syrischen Regierungskräfte gar kein Motiv dafür hätten. Der Sender hat daraufhin kurzerhand die Live-Sendung unterbrochen.

Die syrischen Regierungskräfte hätten in letzter Zeit wesentliche Fortschritte im Kampf gegen die terroristischen und radikalen Gruppierungen gemacht, so Shaw. Aus diesem Grund habe das offizielle Damaskus gar keinen Grund gehabt, einen Giftgasangriff zu führen.

"Ich glaube, dass wir etwas außer Acht lassen... was für ein Motiv soll Syrien für einen Giftgasangriff zu dieser Zeit und an diesem Ort haben? Die Syrer gewinnen doch", sagte der General.

Darüber hinaus verwies er auf den Tweet des US-Präsidenten Donald Trump über den baldigen Sieg über die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS, auch Daesh)\* und dem angeblich anschließenden Abzug der Amerikaner aus Syrien sowie auf die Worte eines US-Generals im Kongress, dem zufolge Baschar al-Assad den Krieg gewonnen habe und Amerika das akzeptieren müsse.

„Und plötzlich bekommen wir einen Chemiewaffenangriff...“, begann Shaw auszuführen. Die Moderatorin kam ihm jedoch zuvor und unterbrach kurzerhand die Sendung....

de.sputniknews.com: Gesetz: Russland will von US-Unterstützern keine Investitionen mehr  
Die russische Regierung will künftig Investitionen nur aus jenen Staaten heranziehen, die die Politik der Vereinigten Staaten nicht unterstützen. Dies ist einem Gesetzentwurf zu entnehmen, der als Antwort auf die jüngsten US-Sanktionen konzipiert worden ist.

„Die Regierung der Russischen Föderation, die höchsten Exekutivorgane der Staatsmacht in den Subjekten (Regionen – Red.) der Russischen Föderation haben Maßnahmen zur Heranziehung von Investitionen aus Staaten zu treffen und umzusetzen, welche die rechtswidrigen und nicht freundschaftlichen Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika und (oder) anderer Staaten nicht unterstützen“, heißt es in dem Entwurf, dessen Wortlaut Sputnik vorliegt.

Zuvor hatten die Fraktionschefs und der Staatsduma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Antwort auf die russlandfeindliche Politik der USA vorsieht.

Nach der offenbar inszenierten Giftgasattacke in Syrien haben die USA mit Militärangeriffen auf Syrien und sogar auf die in dem Land stationierten russischen Streitkräfte gedroht. Zudem verhängten die Vereinigten Staaten neue politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland, wonach der Rubel gegenüber Dollar und Euro rund jeweils zehn Prozent an Wert verloren hat.

Am Sonntag hatte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa angekündigt, dass eine "ganze Reihe von Gegenmaßnahmen" in Vorbereitung seien.